



**FRIEDRICH NAUMANN
FOUNDATION** For Freedom.

Sub-Saharan Africa

Politik International **Subsahara-Afrika**

UKRAINE KRIEG **Die Wahrnehmung** **des Ukraine-Krieges** **in afrikanischen** **Bevölkerungen**

Billy Wolstenholme und Chester Pylkkänen

Zusammenfassung

Wer die Seiten von FAZ, Times oder Le Monde durchblättert, könnte glauben, die Welt sei gegen den Einmarsch Russlands in die Ukraine vereint. Es stimmt, dass die meisten Staaten den Krieg Putins nicht unterstützen, wie fast alle Abstimmungen der Vereinten Nationen zu diesem Thema zeigen. Aber diese stark eurozentrische Sichtweise missachtet, dass sich zeitweise ein Viertel der UN-Mitgliedstaaten bei den entsprechenden Abstimmungen entweder der Stimme enthalten hat, abwesend war oder es abgelehnt hat, mit der Ukraine zu stimmen.

Afrika ist in dieser Stichprobe überrepräsentiert. Mehrere Umfragen auf dem gesamten Kontinent deuten jedoch darauf hin, dass die Regierungen, die gegen den Krieg gestimmt oder sich der Stimme enthalten haben, möglicherweise nicht im Interesse der Menschen handeln, die sie vertreten.

Dieses Strategiepapier zielt darauf ab, die tatsächliche Wahrnehmung des Krieges in der Ukraine durch die afrikanische Bevölkerung zu verstehen und ihre Beweggründe zu untersuchen.

Inhalt

Die Wahrnehmung des Ukraine-Krieges in afrikanischen Bevölkerungen	2
In der Einheit geteilt	3
Blockfreiheit	4
Quid Pro Quo	5
Erbe des Kalten Krieges	7
Multiple Faktoren	8
Quellen	10

Die Wahrnehmung des Ukraine-Krieges in afrikanischen Bevölkerungen

Eine kürzlich von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) in Auftrag gegebene Umfrage ergab, dass 77 % der Tansanier den Einmarsch Russlands in die Ukraine für einen Akt der Aggression halten, der verurteilt werden sollte. Von den verbleibenden 23 % haben 12 % der Tansanier keine eindeutige Meinung, während 11 % den Krieg als "vertretbare Gewaltanwendung" bezeichnen. Das bedeutet, dass von den 88 %, die sich kategorisch für oder gegen die Invasion aussprechen, 7 von 8 Tansaniern gegen den Krieg sind.

In derselben Umfrage wurden die Tansanier gefragt, was sie von der Entscheidung ihrer Regierung halten, sich bei der UN-Abstimmung im März 2022 zur Verurteilung der russischen Invasion der Stimme zu enthalten. Obwohl 77 % der Tansanier gegen den Krieg sind und scheinbar mit der Entscheidung, sich bei der UNO zu enthalten, nicht einverstanden sind, sagte mehr als die Hälfte (51 %) der Befragten in derselben Umfrage, dass sie die Entscheidung der Regierung unterstützen. Nur 15 % der Befragten sprechen sich gegen die Stimmenthaltung der Regierung in der UNO aus. Das bedeutet, dass zwar 7 von 8 Tansaniern mit einer eindeutigen Position den Krieg verurteilen, aber weniger als ein Viertel derjenigen, die eine eindeutige Meinung haben, mit der Weigerung ihrer Regierung, eine Antikriegshaltung einzunehmen, nicht einverstanden sind.

Die Ergebnisse der FNF-Umfrage scheinen widersprüchlich. Umfragen in Simbabwe und Südafrika, die von der Brenthurst Foundation, einer in Johannesburg ansässigen Denkfabrik, in Auftrag gegeben wurden, ergaben ähnliche Datenmuster. Sie deuten darauf hin, dass die Haltung der tansanischen Bürger zum Krieg und die neutrale Reaktion ihrer Regierung darauf von vielen auf dem Kontinent geteilt wird. In Simbabwe sind 58 % gegen die russische Invasion in der Ukraine, während 38 % der gleichen Gruppe von Befragten die Entscheidung, sich der Stimme zu enthalten, befürworten. Beide Prozentsätze liegen zwar unter denen in Tansania, sind aber in ihrer relativen Gewichtung verblüffend ähnlich: Das Verhältnis von "gegen den Krieg" zu "Zustimmung zur Entscheidung der Regierung, sich der Stimme zu enthalten" liegt in Simbabwe bei 1:0,655 und in Tansania bei 1:0,662.

In Südafrika hingegen sind 74 % der Bürger gegen die Invasion – und obwohl die Befragten nicht nach der Abstimmung in der UNO gefragt wurden, hat sich die Regierung, wie auch in Simbabwe und Tansania, der Stimme enthalten. Die Daten zeigen, dass die Bürger den Krieg aus moralischen Gründen ablehnen, aber die neutrale Haltung ihrer Regierungen unterstützen.

In der Einheit geteilt

Eine Analyse des in Südafrika ansässigen Institute for Security Studies Africa (ISS) vom August 2022 mit dem Titel "Unpacking Africa's divided stance on the Ukraine War" deutet (entgegen dem Titel) darauf hin, dass die Haltung des Kontinents in der Tat ziemlich einheitlich ist. Das ISS interpretierte das Verhalten mehrerer afrikanischer Regierungen als Hinweis auf eine "blockfreie Position", die von Nationen eingenommen wird, die "die Bedeutung der Diplomatie" betonen und ein Ende der Gewalt befürworten, aber offiziell eine neutrale Haltung einnehmen.

Die Daten zur Reaktion Afrikas auf Abstimmungen zu UN-Resolutionen, mit denen das Verhalten Russlands im Verlauf des Krieges kritisiert wurde, bestätigen diese Ansicht. 46 % der afrikanischen Staaten enthielten sich bei der UN-Abstimmung zur Verurteilung der russischen Invasion in der Ukraine der Stimme oder waren nicht anwesend. Bei dieser und den vier folgenden Abstimmungen zum Einmarsch Russlands lag die durchschnittliche Stimmenthaltung und Abwesenheit bei 52 % und damit höher als die durchschnittlichen 42 % bei den afrikanischen Ja-Stimmen. Diese konsequente, blockfreie Reaktion auf den Konflikt – obwohl die meisten befragten afrikanischen Bürger den Krieg in allen in Auftrag gegebenen unabhängigen Umfragen verurteilten – wirft Fragen auf. Warum entscheiden sich so viele afrikanische Regierungen für eine neutrale Haltung: Ist es eigenwillige Politik, russische Propaganda oder Faktoren, die beides beinhalten? Gibt es eine Divergenz zwischen der Regierungspolitik und der öffentlichen Meinung? Ist das unterschiedliche Abstimmungsverhältnis zu jeder der fünf UN-Resolutionen ein Hinweis auf eine veränderte Haltung während der vergangenen 18 Monaten oder eine Reaktion auf die spezifischen Nuancen der einzelnen Resolutionen?

Diese Umfragen machen deutlich, dass die Mehrheit der afrikanischen Bürger gegen den Krieg und seine verheerenden Folgen ist. Sagaci Data führte im März 2022 in acht Ländern Umfragen durch und stellte fest, dass die Bevölkerung in allen Ländern im März, also nach der Kriegserklärung, besorgter über den Krieg und seine Folgen war als am 23. Februar, dem Tag vor der offiziellen Kriegserklärung. Die Befragten kamen aus Kenia, Nigeria, Côte d'Ivoire, Südafrika, Uganda, Kamerun, Ägypten und Marokko. Die meisten Menschen in den befragten Ländern, mit Ausnahme Ägyptens, waren im März besorgt über die Auswirkungen des Krieges. In 5 der 8 Länder war die Besorgnis im März mindestens doppelt so groß wie im Februar – und die drei Länder, in denen sich die Besorgnis nicht verdoppelte (Kenia, Elfenbeinküste, Marokko), verzeichneten alle einen Anstieg von mindestens 37 %. Zusammen mit den bereits erwähnten Daten aus Tansania, Südafrika und Simbabwe ergibt sich daraus ein klares Bild der öffentlichen Wahrnehmung in ganz Afrika, die sich gegen den Krieg richtet.

Der Kontinent ist tragischerweise an Konflikte gewöhnt. Im Südsudan, in der Demokratischen Republik Kongo, in Mali und Nigeria sind derzeit UN-Friedenstruppen stationiert. Diese gelebte Erfahrung fördert die Bereitschaft zum Dialog, doch in der Realpolitik überwiegt oft der Pragmatismus. Während die Einstellungen und Positionen von Regierungen rätselhaft bleiben können, sind UN-Abstimmungen ein nützliches Barometer.

Blockfreiheit

Bisher hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen fünf Anträge zum Krieg vorgelegt, über die die Mitgliedstaaten abstimmen können. Im März 2022 wurde darüber abgestimmt, ob die Vereinten Nationen die Invasion verurteilen sollten; im April 2022 sollte Russland vom UN-Menschenrechtsrat suspendiert werden; im Oktober 2022 sollte die Annexion ukrainischer Gebiete als unrechtmäßiges Referendum abgelehnt werden; im November 2022 sollten russische Reparationszahlungen an die Ukraine gefordert werden; im Februar 2023 sollte am Jahrestag der Kriegserklärung zum Frieden aufgerufen werden. Nur sechs afrikanische Staaten (Tschad, Komoren, Côte d'Ivoire, Liberia, Malawi und die Seychellen) haben bei allen fünf Referenden mit "Ja" gestimmt, 19 weitere haben drei oder mehr unterstützt. Kein afrikanischer Staat stimmte bei allen Resolutionen mit "Nein", neun stimmten jedoch gegen mindestens eine. 11 enthielten sich der Stimme oder waren nicht bei allen Abstimmungen anwesend, während die übrigen 28 Staaten bei allen 5 Abstimmungen mit Ja stimmten, sich der Stimme enthielten oder abwesend waren. Zusammengefasst deuten diese Daten darauf hin, dass die meisten Regierungen des Kontinents in begrenztem Maße gegen den Krieg sind, obwohl extreme Haltungen gegen oder für den Krieg ungewöhnlich sind.

Westliche Politiker haben ihre Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht, dass zahlreiche afrikanischen Staats- und Regierungschefs eine Politik der Enthaltung betreiben. Bei allen Resolutionen entfielen 52 % der afrikanischen Stimmen auf "Enthaltung" oder "Nicht anwesend". Die dritte Resolution, die Unterklauseln enthielt, in denen die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine betont und der vollständige und sofortige Rückzug Russlands gefordert wurde, erhielt 143 Ja-Stimmen. Von den 35 Staaten, die sich der Stimme enthielten, kamen 19 aus Afrika, und weitere 5 afrikanische Delegationen waren nicht an der Abstimmung beteiligt. Während eine überwältigende Mehrheit von 74 % der Mitgliedstaaten für den Vorschlag stimmte, folgten nur 52 % der afrikanischen Staaten diesem Beispiel. Die Afrikanische Union bot unterdessen an, in Gesprächen zwischen Russland und der Ukraine zu vermitteln. Sie forderte Russland auf, das Völkerrecht und die Souveränität der Ukraine zu respektieren, hielt sich aber mit einer ausdrücklichen Verurteilung des Angreifers zurück.

Aus dem afrikanischen Abstimmungsverhalten in der UNO lassen sich zwei Schlussfolgerungen mit Sicherheit ziehen: dass Afrika ein Kontinent ist, der derzeit keinen geopolitischen Konsens erreicht, und dass die Staaten des Kontinents nicht einhellig den Wunsch haben, einer der kollektiven Positionen zu folgen, die von großen Akteuren wie den USA und China vertreten werden. Die Enthaltung von internationalen Abstimmungen ist keineswegs ein Prinzip, das sich die afrikanischen Staaten in letzter Zeit zu eigen gemacht haben.

ISS und das South African Institute for International Affairs (SAIIA) haben die Abstimmungsdaten für Russland und afrikanische Staaten im UN-Sicherheitsrat zwischen 2014 und 2020 analysiert, wobei Russland eines der fünf ständigen Mitglieder (P5) ist und afrikanische Staaten drei der zehn nicht-ständigen Sitze (A3) innehaben.

Über einen Zeitraum von sieben Jahren legte Russland bei mehreren Abstimmungen sein Veto ein oder enthielt sich der Stimme. Einige dieser Abstimmungen wurden von der A3 als "umstritten" eingestuft, sie enthielten sich ebenfalls der Stimme. Im Jahr 2014 lag die Abstimmungsbeteiligung zwischen Russland und der A3 bei 91 % und sank bis 2020 auf 72 %. Im Jahr 2019-20 stimmte die A3 deutlich häufiger mit Frankreich, den USA und dem Vereinigten Königreich überein und erreichte mit allen drei Ländern zusammen eine Quote von über 90 %. Das ISS und SAIIA haben die Daten genauer ausgewertet und sind zu dem Schluss gekommen, dass die afrikanischen Länder begonnen haben, sich kollektiv von den mit Russland geteilten Ideologien abzuwenden, aber weiterhin eine "blockfreie Position" verfolgen.

Quid Pro Quo

Wie bereits angedeutet, deuten die UN-Abstimmungsmuster auf ein ähnliches Ausmaß an pro-ukrainischer und pro-russischer Polarität in den afrikanischen Regierungen hin: Sechs Staaten stimmten bei allen fünf Resolutionen zur Verurteilung Russlands mit "Ja", während neun Staaten mit "Nein" stimmten, darunter fünf Nationen, die dies mehrfach taten. Während die Motivation, die Verurteilung Russlands voll und ganz zu unterstützen, selbsterklärend ist, sind die treibenden Kräfte hinter den fünf Ländern, die Russlands Handlungen tatsächlich unterstützen, vielfältig. Sie bieten Einblicke in die geopolitischen Komplexitäten, die in den afrikanischen Ansätzen zum Krieg sowie in den daraus resultierenden Abstimmungsstrategien bei der UNO eine Rolle spielen.

Eritrea beispielsweise stimmte bei allen Abstimmungen mit "Nein", außer bei der dritten Abstimmung über die Annexion, bei der es sich der Stimme enthielt, und ist damit das afrikanische Land, das Russland in der UNO am deutlichsten unterstützt. In den letzten Jahren haben die Russische Föderation und Eritrea ihre bilateralen Beziehungen stark ausgebaut – Russlands Interesse wurde durch Eritreas strategisch günstige Lage im Norden des Horns von Afrika und am Roten Meer geweckt. Eritrea wiederum wurde durch Russlands Expertise im Bereich des Rohstoffabbaus motiviert, der das BIP des Landes, das laut IWF derzeit nur 2,6 Milliarden Dollar oder 646 Dollar pro Kopf und Jahr beträgt, erheblich steigern würde.

Mali stimmte gegen drei Anträge und enthielt sich bei den Abstimmungen eins und drei (Verurteilung bzw. Annexion). In einer Gallup-Umfrage vom April 2022 wurden die Zustimmungswerte für die russische Führung in Afrika ausgewertet; Mali lag mit 84 % an der Spitze des Kontinents. Während der Unruhen, die durch den Sturz von Präsident Ibrahim Keïta im Jahr 2020 und den Abzug der französischen Friedenstruppen im Jahr 2022 ausgelöst wurden, füllten russische paramilitärische Söldner der Wagner-Gruppe das Sicherheitsvakuum, während Militärberater des Kremls seit Ende 2021 zur Wiederherstellung der Stabilität beitragen sollen. Die russischen Truppen werden nun als Befreier von westlicher Einmischung dargestellt; jede UN-Abstimmung, die als Verunglimpfung eben dieser russischen Truppen wahrgenommen wird, hat daher wenig Chancen. Die malische Junta ist nach wie vor stark auf die Unterstützung der Wagner-Gruppe angewiesen.

Die Zentralafrikanische Republik, deren Führung sich seit 2018 auf die Wagner-Gruppe anstelle von UN-Sicherheitskräften verlässt und in der derzeit rund 1.000 russische Söldner stationiert sind, hat gegen zwei der Anträge gestimmt – gegen die Suspendierung Russlands vom UNHRC und gegen die Zahlung von Reparationen durch Russland. Burkina Faso war bei keiner der Abstimmungen anwesend. Es sollte eine symbolische Ablehnung des Rechts der UNO darstellen, über russische Militäreinsätze abzustimmen. Auch Burkina Faso ist wie die Zentralafrikanische Republik in hohem Maße auf russische Unterstützung angewiesen. Interimspräsident Traore bezeichnete Russland im Mai 2023 als "strategischen Verbündeten", um bewaffnete Aufständische aus schätzungsweise 40 % seines Territoriums zu vertreiben.

Zu den Nuancen der afrikanischen Positionen in Bezug auf den Krieg kommt hinzu, dass viele Regierungen auf russische Ressourcen angewiesen sind. 41 % aller Militäreinfuhren kommen aus Russland. Damit übersteigen Russlands Waffenexporte nach Afrika die der zweitplatzierten Staaten Frankreich und USA um mehr als das Doppelte. Beide verkaufen ca. 16% der von afrikanischen Staaten importierten Waffen. Einige Regierungen halten möglicherweise an einer bündnisfreien Position fest, um die bereits bedrohten Versorgungsketten für Nahrungsmittel und Treibstoffe so stabil wie möglich zu halten. Russland ist ein wichtiger Exporteur von Getreide, Düngemitteln, Treibstoff und Waffen - 30 % der russischen Exporte nach Afrika sind Getreide, 20 % sind Mineralien, größtenteils Treibstoff oder Chemikalien. Zu den größten Abnehmern russischer Lebensmittel gehören Algerien, Tansania, Südafrika und der Sudan, die sich alle bei der UNO-Abstimmung der Stimme enthielten – ebenso bezeichnend ist jedoch, dass nur Algerien bei einer der Resolutionen mit Nein gestimmt hat.

Joseph Siegle, Forschungsleiter am Africa Center for Strategic Studies, hat sich mit dem Abstimmungsverhalten auf dem Kontinent befasst und vier Strategien festgestellt, die vier verschiedene politische Richtungen auf dem Kontinent widerspiegeln. Die Gruppe 1, die sich bei jeder Abstimmung der Stimme enthielt oder mit "Nein" stimmte, gehört zu den Ländern, die von Parteien regiert werden, denen es an echter politischer Legitimität mangelt und die auf russische Militärunterstützung angewiesen sind – darunter die Zentralafrikanische Republik, Mali und der Sudan. Gruppe 2, ein Block von Ländern, die sich größtenteils der Stimme enthielten, umfasst viele Länder, deren politische Elite enge Beziehungen zu Russland unterhält und auf russischen politischen Einfluss angewiesen ist – darunter Mosambik, Uganda und Algerien. Gruppe 3 zeichnet sich ebenfalls durch pauschale Stimmenthaltung aus, allerdings mit anderen Beweggründen; Siegle nennt hier Länder mit einer Tradition der Blockfreiheit bei internationalen Abstimmungsresolutionen, wie Marokko, Senegal und Namibia. Gruppe 4 besteht aus Ländern, die mit "Ja" gestimmt und sich der Stimme enthalten haben oder nicht anwesend waren. Die lässt sich als die Gruppe der stabilsten Demokratien Afrikas definieren, darunter Mauritius, Botswana und Cabo Verde. Die Gruppen 1 und 2 umfassen 12 Nationen, deren Stimmen die antirussische Abstimmung der 11 Nationen der Gruppe 4 übertönt haben.

Eine Reihe von Ländern in den Gruppen 1 und 2, insbesondere im frankophonen Afrika, haben seit der Unabhängigkeit von ihren europäischen Kolonialherren enge Beziehungen zu Russland und zuvor zur UdSSR. Im östlichen und südlichen Afrika, wo der russische und französische Einfluss in der Vergangenheit relativ begrenzt war, haben nur wenige Länder eine Nettozustimmung (positiv oder negativ) zur russischen Führung von mehr als 10 %. Dies deutet auf eine anhaltende Ambivalenz gegenüber der russischen Führung seit 2007 hin. In Ländern, in denen der Prozentsatz der Zustimmung niedrig war, war der Prozentsatz der Ablehnung ähnlich niedrig. Die Antwort "weiß nicht/neutral" machte entsprechend einen größeren Prozentsatz aus. In Sambia beispielsweise waren die Werte für Zustimmung und Ablehnung am niedrigsten (22:12), fast zwei Drittel der Befragten entschieden sich für "weiß nicht/neutral". Dies deutet darauf hin, dass die sambischen Bürger keine spezifische Meinung über die russische Führung haben.

Erbe des Kalten Krieges

Während die Regierungen einiger afrikanischer Staaten, die sich auf die Seite Russlands geschlagen haben, eindeutig auf die russische Unterstützung angewiesen sind, um ihre begrenzte politische Legitimität zu schützen, haben sich mehr Staaten von einem anderen stark wirkenden Einfluss leiten lassen: der weit verbreiteten Ansicht, dass Russland der verbliebene Erbe der zusammengebrochenen Sowjetunion ist.

Viele afrikanische Staatsoberhäupter, deren Durchschnittsalter bei 63 Jahren liegt, und andere hochrangige politische Persönlichkeiten werden die Russische Föderation durch das Prisma der UdSSR betrachten, die in ihrer Afrikapolitik oft proaktiver und kooperativer als der Westen war. Das Durchschnittsalter der afrikanischen Bürger liegt dagegen bei nur 19 Jahren, was erklärt, warum beispielsweise die Bevölkerungen von Tansania, Simbabwe und Südafrika die Invasion in der Ukraine verurteilen, während ihre Regierungen Blockfreiheit anstreben. Die Gallup-Umfrage vom April 2023 ergab, dass die Zustimmung zur russischen Führung bei den afrikanischen Bürgern seit Beginn der Umfrage im Jahr 2007 höher ist als im weltweiten Durchschnitt – bezeichnenderweise ist die Zustimmung zu Russland auf dem gesamten Kontinent jedoch seit 2014, dem Jahr der Annexion der Krim, rückläufig.

Russland verfolgt weiterhin die sowjetische Außenpolitik des Kalten Krieges, indem es mit den afrikanischen Nationen sympathisiert und die Auswirkungen des westlichen Kolonialismus anprangert. Russlands wiederholte Erinnerungen an die imperialistische Geschichte Europas sind zwar sachlich und gerechtfertigt, aber der gewünschte Effekt, die imperialistischen Züge des Ukraine-Krieges abzuschwächen, scheint zu schwinden; der UN-Antrag zur Ablehnung der Annexion ukrainischen Territoriums im Oktober 2022 war der einzige von fünf, der nicht mit einer einzigen Nein-Stimme aus afrikanischen Staaten angenommen wurde.

Für Russland ist es von Vorteil, dass die Ukraine nur begrenzte diplomatische Beziehungen zu afrikanischen Staaten unterhält. Die Beziehungen der Ukraine zum afrikanischen Kontinent beschränken sich auf Getreideexporte, und den Partnerschaften fehlt es an historischer Langlebigkeit, da die Ukraine als sowjetische Satellitenprovinz keine autonome Außenpolitik betreiben konnte.

Die rassistische Behandlung afrikanischer Studenten, die in den Tagen unmittelbar nach dem Einmarsch Russlands in der Ukraine festsaßen, fand in der afrikanischen Presse weite Verbreitung. Die nigerianische Regierung behauptete, dass Tausende ihrer Bürger die Grenze erreicht hätten, nur um von der ukrainischen Polizei an der Ausreise oder von den Einwanderungsbehörden an der Einreise nach Polen gehindert zu werden. Tatsächlich dürfte diese Episode bei den Befragten, die an Umfragen zum Einmarsch Russlands in der Ukraine teilnahmen, das Narrativ sein, das am stärksten verfangen ist.

Zelenskys Auftritt vor der Afrikanischen Union am 20. Juni 2022 wurde von den westlichen Medien überraschend zurückhaltend aufgenommen – die Diplomaten sprachen kaum über die Invasion, sondern konzentrierten sich in erster Linie auf die Getreide- und Düngemittelpreise. Anfang Juni 2022 traf Macky Sall, AU-Vorsitzender und senegalesischer Präsident, mit Wladimir Putin zusammen und kritisierte die Auswirkungen der westlichen Sanktionen auf die Warenpreise auf dem Kontinent. Im darauffolgenden Monat unternahm der russische Außenminister Sergej Lawrow eine offizielle Afrikareise, bei der er viel Zeit damit verbrachte, die zunehmende Besorgnis über die Treibstoff- und Lebensmittelsicherheit in Afrika als Schuld des Westens und nicht als Schuld der russischen Invasion zu relativieren.

Multiple Faktoren

Historische Beziehungen zu Russland, die Abhängigkeit von Importen und der rassistische Umgang mit afrikanischen Staatsangehörigen scheinen das Ausmaß der afrikanischen Sympathie für die Ukraine begrenzt zu haben. Gleichzeitig hat sich die historische Verunglimpfung des westlichen Imperialismus durch Russland und die UdSSR als unwirksam erwiesen, um den Neokolonialismus zu verschleiern, der Russlands Invasion in der Ukraine zugrunde liegt. Die Bevölkerungen auf dem Kontinent und ein Großteil ihrer Regierungen haben Russlands Rhetorik sowie die Anschuldigungen gegen den Westen und seine Sanktionen durchschaut.

Dennoch ist es schwierig, eine Erklärung für den Trend zu identifizieren, warum die afrikanischen Bürger den Krieg verurteilen und gleichzeitig ihre Zustimmung zur Weigerung ihrer Regierungen signalisieren, dasselbe in der UNO zu tun. Wahrscheinlich spielen hier mehrere Faktoren eine Rolle. Ein Faktor ist, dass die afrikanischen Bürger zwar eine moralische Haltung gegen den Krieg einnehmen, aber in Bezug auf die Realität des Konflikts pragmatischer bleiben als beispielsweise die europäische Bevölkerung. Eine weitere Realität ist, dass der Krieg nach wie vor nur begrenzte Auswirkungen auf das Leben des afrikanischen Durchschnittsbürgers hat – abgesehen von den Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit und die steigenden Lebensmittelpreise, die in weiten Teilen des Kontinents ohnehin schon ein großes Problem darstellen und durch die russische Invasion eher verschärft als verursacht wurden.

Angesichts der Tatsache, dass der Krieg noch andauert, könnten die afrikanischen Bürger ebenso wie ihre Gesetzgeber der Meinung sein, dass es ihnen nicht zusteht, über einen Krieg zwischen zwei weit entfernten Nationen zu urteilen, solange er nicht vorbei ist. Sie warten den Ausgang der Konfrontation ab, bevor sie zu einem andauernden Konflikt Stellung nehmen, über dessen Nuancen in den afrikanischen Medien weit weniger berichtet wird als in Europa. Angesichts der vergleichsweise geringen Menge an Informationen über den Krieg, die den Afrikanern zugänglich sind, ist es nicht überraschend, dass viele den Krieg verurteilen – aber auch darauf vertrauen, dass ihre Regierungen Entscheidungen auf der Grundlage einer besser informierten Position treffen als ihre eigene. Sie sind daher bereit, strategische Abstimmungen in der UNO zu unterstützen, die möglicherweise nicht ihre persönliche Haltung widerspiegeln.

Quellen

[Tanzanians overwhelmingly against Russia's invasion of Ukraine \(English\)](#)

[Survey of Voter Opinion: Zimbabwe – January/February 2023 \(English\)](#)

[Brenthurst Survey Shows Vast Majority of South Africans Condemn Russia \(English\)](#)

[Unpacking Africa's divided stance on the Ukraine war \(English\)](#)

[Anxiety is growing as the Russia-Ukraine war impacts African nations \(English\)](#)

[Will the Invasion of Ukraine Change Russia-Africa Relations? \(English\)](#)

[Does Russia influence Africa on the UN Security Council? \(English\)](#)

[World Economic Outlook Database \(English\)](#)

[Africans Divided on Russia's Leadership Before Ukraine War \(English\)](#)

[Why are people in West Africa waving Russian flags? \(English\)](#)

[Sanctions against Russia will affect arms sales to Africa: the risks and opportunities \(English\)](#)

[Ukraine war: fresh warning that Africa needs to be vigilant against Russia's destabilising influence \(English\)](#)

[Russia-Ukraine war: decoding how African countries voted at the UN \(English\)](#)

[Africa's Median Age Is about 19. The Median Age of Its Leaders Is about 63. \(English\)](#)

[Nigeria condemns treatment of Africans trying to flee Ukraine \(English\)](#)

[How African countries voted on Russia's invasion of Ukraine \(English\)](#)

[Russia's reengagement with Africa pays off \(English\)](#)

Über die Autoren



Billy Wolstenholme

Billy Wolstenholme führt eingehende quantitative und qualitative Untersuchungen und Analysen durch, die darauf abzielen, umsetzbare Erkenntnisse zu liefern, die einen echten Wandel in den Bereichen Politik, Non-Profit-Organisationen und Unternehmen bewirken. Er hat politische Kampagnen in ganz Zentral-, Süd- und Ostafrika unterstützt und für eine politische Partei im südlichen Afrika Positionierungen zu verschiedenen strittigen Themen entwickelt.

Billy hat einen BA in Geschichte und Politik von der University of Exeter und ein Diplom vom Institut de Langue et de Culture Françaises an der Université Catholique de Lyon.



Chester Pykkänen

Chester Pykkänen führt für SABI politische Untersuchungen und Analysen durch und erstellt detaillierte Berichte über eine Reihe von Märkten. Er ist spezialisiert auf Medieninformationen, Wahlanalysen und politische Studien. Da er fließend Französisch spricht, unterstützt er auch die wachsenden frankophonen Aktivitäten von SABI.

Chester hat einen BA in englischer Sprache und Literatur von der Universität Oxford.

Über die Region

Subsahara-Afrika

Die Zukunft Afrikas wird oft auf eine seltsam fantasielose und pessimistische Weise betrachtet. Doch Afrika ist ein Kontinent voller Vielfalt, Innovationen und wirtschaftlichem Potenzial. Als liberale Stiftung sind wir überzeugt, dass nachhaltige Entwicklung und Wohlstand von starken demokratischen Institutionen abhängen. Daher fördern wir durch unsere Aktivitäten liberale Politik im Bereich der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und Digitalisierung. Von unseren Büros in Johannesburg, Kapstadt, Harare, Daressalam, Nairobi, Abidjan und Dakar aus unterstützen wir Partner in Afrika bei ihrem Einsatz für liberale Werte und beim Aufbau demokratischer Strukturen.

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)
Regionalbüro Subsahara-Afrika
50 Ennis Road, Parkview
Johannesburg, 2198

